



Montag, 30. August 1976

Blatt 1897

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Die neuen Geschäftsgruppen
(rosa) Wiener Gemeinderat
Dr. Busek "redet" schriftlich

Kultur: Zum 90. - Peter Turrini
(gelb) Emanuel Schikaneder zum Gedenken

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
von 14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

die neuen geschaeftsgruppen

wien, 30.8. (rk) die geschaeftsgruppen im wiener stadtsenat erhalten in zukunft folgende bezeichnungen:

personal und sport (stadtrat kurt h e l l e r) ,
inneres und buergerservice (stadtrat peter s c h i e d e r) ,
finanzen und wirtschaft (stadtrat hans m a y r) ,
kultur, jugend und bildung (vizebuergemeister gertrude
f r o e h l i c h - s a n d n e r) ,
gesundheit und soziales (stadtrat univ.-prof. dr. alois
s t a c h e r) ,
stadtplanung (stadtrat univ.-prof. dr. rudolf w u r z e r) ,
bauten (stadtrat hans b o e c k) ,
wohnen (vizebuergemeister hubert p f o c h) ,
konsumentenschutz und staedtische dienstleistungen (stadtrat
heinz n i t t e l) ,
verkehr und energie (stadtrat franz n e k u l a) .

(sti)

++++

k u l t u r :

=====

zum 90. - peter turrini

1 wien, 30.8. (rk) seine 90. veranstaltung begeht das literarische quartier in der alten schmiede in der schoenlaterngasse mit einem abend mit peter t u r r i n i . es ist dies zugleich die eroeffnung des herbstprogrammes 1976. turrini wird aus seinen eigenen arbeiten lesen. termin der veranstaltung: freitag, 3. september, 18.30 uhr. (may)

0940

k u l t u r :

=====

emanuel schikaneder zum gedenken

2 wien, 30.8. (rk) am 1. september jaehrt sich zum 225. mal der geburtstag von emanuel s c h i k a n e d e r . 1751 in straubing in bayern geboren, wandte sich schikaneder bereits frueh dem dasein eines wandermusikanten und -schauspielers zu. 27jaehrig war er bereits direktor einer eigenen truppe. waehrend eines auftretens in salzburg lernte er bei dieser taetigkeit auch wolfgang amadeus mozart kennen, eine bekanntschaft, die spaeter zu einem gemeinsamen welterfolg fuehren sollte.

1783 kam schikaneder das erste mal nach wien und fand hier am kaerntnertor-theater ein begeistertes publikum. seine auffuehrungen von sing- und schauspielen sahen auch kaiser joseph den zweiten als haeufigen besucher. nach einem kurzen abstecher ins ausland uebernahm schikaneder 1789 die leitung des theaters im freihaus. hier wurde am 30. september 1791 die "zauberfloete" uraufgefuehrt.

durch ein privileg des kaisers, "auf dem glacis ein theater zu errichten", dazu ermaechtigt, setzte sich emanuel schikaneder durch den bau des theaters an der wien selbst ein unvergaengliches denkmal als theaterdirektor. hier setzte er ab 1801 die erfolge vom freihaustheater fort. aber den anfaenglichen erfolgen folgte bald der kuenstlerische und materielle niedergang, sodass das theater an der wien 1804 verkauft werden musste. nach einem ebenfalls missglueckten versuch als paechter des bruenner stadttheaters kehrte schikaneder 1809 wieder nach wien zurueck, wo er 1812 in tiefster armut und geistiger umnachtung - die napoleonischen kriege und die geldentwertung hatten seinen ruin besiegelt - starb. seine witwe liess ihn in einem schachtgrab auf dem waehringer friedhof, dem heutigen waehringer park, begraben. kein grabstein bezeichnet daher die stelle, wo er begraben ist. nur eine verkehrsflaeche im vierten bezirk traegt seinen namen. (may)

Kommunal:

=====

Wiener Gemeinderat

=====

Erklärung des Bürgermeisters

Wien, 30.8. (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Schreiner (SPÖ) trat heute, Montag, der Wiener Gemeinderat zu einer Sondersitzung zusammen, in der zunächst Bürgermeister Leopold Gratz zu einer umfassenden Erklärung das Wort ergriff. Der Bürgermeister erstattete einen detaillierten Bericht über die seit dem Einsturz der Reichsbrücke erfolgten Maßnahmen. Er wies insbesondere auf die Berichte des Kontrollamtes und der Expertenkommission hin und auf die Maßnahmen zur vorrangigen Errichtung der Ersatzbrücken und den Neubau der Traisenbrücke und der Reichsbrücke.

Gratz informierte dann über eine Reihe von notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltungsorganisation. Es müsse der Ehrgeiz sein, daß Wien die modernste, aufgeschlossenste und effizienteste Verwaltung aufzuweisen hat. Er habe alle Mitarbeiter in diesem Sinne aufgefordert, Vorschläge für eine Straffung und Verbesserung der Dienstleistungsorganisation zu erstatten. In der kurzen Zeit seien mehr als achtzig Vorschläge eingelangt. Eine Reihe von Gedanken werde bereits bei der Vorlage der neuen Geschäftseinteilung Verwirklichung finden, ein Teil wird bis Jahresende durchzuführen sein. Im übrigen aber müsse die dauernde Anpassung der Verwaltung an die Gegebenheiten ein kontinuierlicher Prozeß sein. Bei der Berücksichtigung zweier notwendiger Maximen - der Berücksichtigung von Zusammenhängen und dem Vorhandensein einer arbeitsteiligen Verwaltung - wird es immer wieder Querbeziehungen und Überschneidungen von Aufgabenbereichen geben.

Gratz nannte dann einige Grundzüge der bevorstehenden Maßnahmen: Die Verwaltungsbereiche müssen für die politischen und beamteten Funktionäre so überschaubar sein, daß die Verantwortlichkeit nicht zur Formalität wird. Das wird eine Zuordnung überschaubarer Geschäftsbereiche zu einer genügenden Anzahl von Amtsführenden Stadträten bedeuten. Das wird aber auch bedeuten, daß angesichts der ungeheuer gewachsenen Bauaufgaben unserer Stadt die Verantwortung eines

einzelnen Beamten für eine Unzahl von Abteilungen, die sich noch dazu über mehrere Geschäftsbereiche erstrecken, nicht mehr sinnvoll ist.

In diesem Sinn wird als erster Schritt eine Vergrößerung des Stadtsenates auf 14 Mitglieder und die Festsetzung der Zahl der Amtsführenden Stadträte mit zehn vorgeschlagen. Damit im Zusammenhang bezeichnete Gratz es als indirektes Vertrauensvotum, wenn die ÖVP vorschlägt, er selbst solle das Personalresort als Amtsführender Stadtrat übernehmen. Angesichts zahlreicher Bestimmungen der Stadtverfassung sei dies aber nicht verwirklichtbar, ebenso die Forderung, er möge als Bürgermeister einem, der von seiner Partei nicht kandidiert und von den Wählern nicht gewählt wurde, quasi als Gnadenentscheidung ein Rederecht als Gemeinderat gewähren. Dieses Recht stehe ihm - dem Bürgermeister - ebenso wenig zu, wie etwa dem Nationalratspräsidenten ein Recht zustehe, Nichtgewählte ehren- oder gnadenhalber in den Nationalrat zu kooptieren. (smo)

Bürgermeister Gratz erklärte, daß er folgende zehn Verwaltungsgruppen zur Beschlußfassung vorschlagen werde: Personal und Sport; Inneres und Bürgerservice; Finanzen und Wirtschaft; Kultur, Jugend und Bildung; Gesundheit und Soziales; Stadtplanung; Bauten; Wohnen; Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz; Verkehr und Energie.

Man müsse erkennen, daß die vor etwa einem halben Jahrhundert geschaffenen Kontrollinstanzen für die Kontrolle und Überprüfung der damaligen Staatsverwaltung, das war Administration und Finanz, ausreichend waren. Heute, da Zivilisation und Technik sowie die Dienstleistungs- und Gestaltungsfunktion der öffentlichen Hand geradezu zu einem Primat der technischen Bereiche geführt habe, sei die Schaffung eines eigenen Sicherheitskontrollamtes notwendig. Dieses Kontrollamt sei in der Stadtverfassung vorzusehen, sein Leiter, der fachlich hochqualifiziert sein müsse, sei durch breite Ausschreibung zu ermitteln. Gratz hat den Magistratsdirektor beauftragt, einen Vorschlag für eine entsprechende Änderung der Stadtverfassung auszuarbeiten.

Unmittelbar nach dem Einsturz der Reichsbrücke habe sich gezeigt, daß die Bereitschaft, verantwortliche Entscheidungen zu treffen, keine Frage des formalen Ranges sei. Gratz kündigte an, einen neuen Typ von Leitungsfunktionen zu schaffen. Die Besetzung solcher Gruppen- oder Bereichsleiterfunktionen werde nicht nach den Grundsätzen der Anciennität erfolgen, ihre Dauer werde wie bei Leitungsfunktionen in der Privatwirtschaft befristet sein. Bei sachlichen oder örtlichen Zusammenhängen, wie etwa bei größeren Projekten, werde eine verantwortliche Leitung für Agenden eingerichtet werden können, mit denen mehrerer Magistratsabteilungen oder auch mehrere Geschäftsgruppen befaßt sind. Es sei dies der Versuch, in der öffentlichen Verwaltung, die zwangsläufig nach Sachgebieten und nicht nach Zielvorstellungen organisiert sein müsse, die Verwirklichung einzelner komplexer Zielvorstellungen durch jeweils eine allein verantwortliche Leitung zu erleichtern.

Gratz hob besonders die grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft der Interessenvertretung der Gemeindebediensteten hervor, die erkannt habe, welche Chancen dadurch für eine zusätzliche Mobilisierung aller geistigen Kräfte der Verwaltung und für die Bewährung von Bediensteten in verantwortlichen Positionen gegeben sein werden. Es sei selbstverständlich, daß für diese neuen Funktionen in erster Linie im Kreise der eigenen Mitarbeiter Ausschau gehalten werde. Denn es sei einfach unwahr, daß Erfahrung, Kenntnisse und Initiative nur außerhalb des Magistrates zu finden seien. Dies bedeute keine Abkapselung, sondern schließe zusätzlich auch die Bereitschaft ein, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Die notwendigen Änderungen des Dienstrechtes sollen unter intensiver Beteiligung der Interessenvertretung der Gemeindebediensteten bis Jahresende beraten werden. In diesem Zusammenhang betonte Gratz, daß er größten Wert darauf lege, den Bediensteten der Städtischen Unternehmungen in Zusammenarbeit mit ihrer Vertretung die betriebliche Mitbestimmung freiwillig zu gewähren.

Für die notwendige Straffung und Transparenz der Verwaltung sei die Prüfung der gesetzlichen Grundlagen unbedingt erforderlich. Zahlreiche Gesetze und Verordnungen aus verschiedenen Epochen müssen im Bereich der behördlichen Tätigkeit angewendet werden. Als erster Schritt zur Gewährleistung einer besseren Übersichtlichkeit der Rechtsvorschriften, wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge für eine bereinigte Landes- und Stadtrechtssammlung vorlegen soll.

Der zweite Schritt werde sein, alle geltenden Vorschriften auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Gratz erklärte, er werde eine Kommission unabhängiger Persönlichkeiten bitten, zu prüfen, welche Ordnungsvorschriften, die zum Teil noch aus der Monarchie stammen, in einer demokratischen Gesellschaft einfach nicht mehr notwendig seien.

Dies alles seien die ersten Maßnahmen. Die weiteren werden nach Übernahme der neuen Geschäftsgruppen durch die Amtsführenden Stadträte und nach Prüfung der Vorschläge des Magistratsdirektors, der leitenden Beamten und aller jener Vorschläge, die aufgrund des Appells des Bürgermeisters eingelangt sind, dem Gemeinderat übermittelt werden.

Gratz teilte mit, daß er veranlassen werde, daß schon im nächsten Jahr dem Gemeinderat über wesentliche ressortübergreifende Bereiche - zum Beispiel über den Problembereich Stadterneuerung - Berichte vorgelegt werden, über die dann eingehend diskutiert werden kann. Angesichts der detaillierten Tagesordnungen des Gemeinderates mit oft hunderten Tagesordnungspunkten wurde es oft als Mangel empfunden, außerhalb der Budgetdebatte über wesentliche zusammenhängende Fragen nicht eingehend diskutieren zu können.

Der Antrag, über die Erklärung des Bürgermeisters eine Debatte abzuführen, wurde einstimmig angenommen. Die Debatte wird vor Schluß der Sitzung abgeführt werden. (ger)

Anschließend wies der Vorsitzende einen ÖVP-Antrag, betreffend die Übernahme eines Ressorts Personal und Verwaltungsangelegenheiten durch den Herrn Bürgermeister als Amtsführenden Stadtrat dem Stadtsenat zu.

Folgende weitere ÖVP-Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen:

Den Antrag betreffend die Verlängerung der Schnellbahnlinie auf der Ostbahntrasse von der Station Erzherzog Karl-Straße bis Hirschstetten-Aspern.

Den Antrag betreffend die Verlängerung der Autobuslinie 27 A zur Früh- und Nachmittagsverkehrsspitze bis Groß-Enzersdorf.

Den Antrag betreffend Zusammenstellung aller Vorschläge für verkehrsverbessernde Maßnahmen für die Donauüberquerung und deren Vorlage an den "Beirat für Verkehr".

Den Antrag betreffend Forcierung der Fertigstellung der Autobahn (A 20) zwischen 4. Donaubrücke und Favoriten mit entsprechenden Anbindungen sowie der Umkehrung der Einbahnregelung zur Entlastung der Schlachthausgasse.

Den Antrag betreffend Führung einer Autobuslinie von der Schnellbahnstation Erzherzog Karl-Straße, Stadlau, zur Schnellbahnstation Strandbäder.

Den Antrag betreffend Erarbeitung auf das jeweilige Objekt abgestimmter Prüfnormen für kommunale Einrichtungen mit besonderem Sicherheitsrisiko.

Den Antrag betreffend Gewährung einer Hilfe für durch den Einsturz der Reichsbrücke geschädigte Wirtschaftstreibende etwa wie jene für U-Bahn-Bau-Geschädigte.

Den Antrag betreffend Erstellung eines Konzeptes für verkehrspolitische und verkehrsorganisatorische Maßnahmen nach dem Einsturz der Reichsbrücke.

Den Antrag betreffend die Führung der Autobuslinie 35 A bis zur Schnellbahnstation Traisengasse.

Den Antrag betreffend die Anbindung der Schnellbahn auf der Ostbahnstrecke an die Schnellbahnlinie auf der Nordbahnstrecke.

Den Antrag betreffend die Anlegung eines provisorischen Parkplatzes auf einem Teil der Liegewiese beim Strandbad Angelibad bis zur Fertigstellung des Brückenprovisoriums für den Kfz.-Verkehr.

Den Antrag betreffend beschleunigte Aufschließung von Betriebsbaugebieten in den Stadtteilen am linken Donauufer.

Folgende Anträge der FPÖ-Fraktion wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen:

Den Antrag, betreffend Förderungsmaßnahmen für die durch den Einsturz der Reichsbrücke geschädigten Wirtschaftstreibenden.

Den Antrag betreffend eine Verlängerung der Ladenschlußzeiten um eine Stunde im 22. Bezirk für die Dauer der Verkehrsbehinderungen durch den Brückeneinsturz.

Den Antrag betreffend eine vorzeitige zumindest provisorische Inbetriebnahme des Autobahnstückes zwischen Donaukanalbrücke und dem Knoten Laaer Berg.

Den Antrag die Sonderspur für Autobusse auf der Floridsdorfer Brücke auch für Taxis in beiden Richtungen freizugeben.

Den Antrag, zur Verbesserung der Verkehrssituation für die betroffenen Bewohner von Kaisermühlen die Autobuslinie 22 B zum Schnellbahnhof Floridsdorf und zum Praterstern zu verlängern.

Den Antrag, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung den Fortbestand und erforderlichen Ausbau der Vergiftungsinformationszentrale im Wiener Allgemeinen Krankenhaus zu sichern.

Den Antrag, dafür zu sorgen, daß die in Aussicht genommene Schülerbuslinie die von Donaustädter Schülern meistfrequentierten Schulen des 2. Bezirkes im Rahmen einer Rundlinie direkt berührt.

Den Antrag, zur Verbesserung der Verkehrssituation im Osten Wiens unverzüglich Verhandlungen mit den ÖBB über einen Ausbau des Schnellbahnnetzes auf den bestehenden Trassen der Ostbahn bis zur Großfeldsiedlung und nach Hirschstetten aufzunehmen. (we)

Bestimmung der Zahl der Stadträte

Zum ersten Tagesordnungspunkt - Bestimmung der Zahl der Stadträte - erklärte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ), eine bloße Aufstockung der Zahl der Stadträte ohne Gesamtlösung sei sinnlos. Fällig wäre eine Weichenstellung, die zu klaren Verantwortlichkeiten, funktionierenden Kontrollmechanismen und zu einer modernen Verwaltung führt, in der sich fähige Mitarbeiter frei entfalten können. Keine dieser Maßnahmen findet sich auf der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung. Unverbindliche Ankündigungen des Bürgermeisters seien zu wenig.

Die ÖVP hat bereits 1973 die Geschäftseinteilung des Magistrats kritisiert, stellte Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) fest. Seit-her ist nichts geschehen, um die schon lange bestehenden krassen Mängel zu beseitigen. Dr. Goller stellte den Antrag, der Bürgermeister solle selbst die Agenden einer Geschäftsgruppe führen, um die lückenlose Verwaltungsreform durchführen zu können. Rechtliche Schwierigkeiten gibt es seiner Meinung nach keine, da der Bürgermeister auf das Weisungsrecht verzichten könne. Es ist paradox, daß der Bürgermeister Vorsitzender des Stadtsenates ist, obwohl er diesem Gremium nicht angehört. Dr. Goller beantragte weiter, die Zahl der Stadträte mit dreizehn festzusetzen. Dies aber nur unter

der Voraussetzung, daß der Bürgermeister selbst eine Geschäftsgruppe übernimmt.

Bürgermeister Gratz (SPÖ) erklärte, daß in der nächsten Gemeinderatssitzung über die neue Geschäftseinteilung diskutiert und abgestimmt wird. Die heutige Aufstockung ist nur das Startsignal für die Reform. Die derzeit geltende Stadtverfassung läßt es nicht zu, daß der Bürgermeister selbst eine Geschäftsgruppe führt. So bestimmt die Verfassung, daß ein Amtsführender Stadtrat nicht zum Vorsitzenden gewählt werden kann. Neben diesen rechtlichen Gründen ist ein anderer viel wichtiger: Der Bürgermeister hat dafür zu sorgen, daß die Verwaltung nicht in autonome Ressortbereiche zerfällt. Die Einheit der kommunalpolitischen Zielsetzungen sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden, erklärte Gratz.

Abstimmung: Der ÖVP-Antrag, die Zahl der Stadträte mit dreizehn festzulegen, wobei der Bürgermeister ein eigenes Ressort übernimmt, wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ abgelehnt. Der erste Tagesordnungspunkt, die Zahl der Stadträte mit vierzehn festzulegen, wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (sei)

Wahl der Stadträte

Anschließend erfolgte die Wahl der neuen Stadträte und deren Angelobung. Der Vorschlag des Vorsitzenden, die Wahl nicht mittels Stimmzettel, sondern durch Handheben vorzunehmen, wurde mit Mehrheit angenommen. Der SPÖ-Vorschlag für die neuen Stadträte lautete: Bundesrat Hans Böck, Abg. zum Nationalrat Heinz Nittel, Universitätsprofessor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer. Der Vorschlag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der ÖVP-Vorschlag lautete: Abg. zum Nationalrat Dr. Erhard Busek. Ebenfalls mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Hierauf wurden die neuen Stadträte angelobt.

Anschließend erfolgte die Bestimmung der Verwaltungsgruppen, die ab 28. September 1976 in Kraft treten soll. Der Vorschlag des Bürgermeisters lautete:

Personal und Sport

Inneres und Bürgerservice

Finanzen und Wirtschaft

Kultur, Jugend und Bildung

Gesundheit und Soziales

Stadtplanung

Bauten

Wohnen

Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz

Verkehr und Energie.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (smo)

(Unterbrechung der Sitzung des Gemeinderates)

Stadtsenat: Amtsführende Stadträte ohne ÖVP-Stimmen

In der Sitzung des Stadtsenates begrüßte Bürgermeister Gratz die soeben im Gemeinderat gewählten neuen Mitglieder. Sodann schlug er vor, für die zehn Verwaltungsgruppen folgende von der Sozialistischen Fraktion nominierten Amtsführenden Stadträte dem Gemeinderat vorzuschlagen (in der Reihenfolge der Geschäftsgruppen): Kurt Heller, Peter Schieder, Hans Mayr, Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner, Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer, **Hans** Böck, Vizebürgermeister Hubert Pfoch, Heinz Nittel und Franz Nekula.

In der Debatte erklärte ÖVP-Stadtrat Dr. Goller, daß es seiner Fraktion nicht möglich sei, diesem Vorschlag zuzustimmen, weil die Einzelheiten der Aufteilung der Geschäftsgruppen noch nicht bekannt ist. Aus diesem Grund habe die ÖVP auch im Gemeinderat der Neueinteilung der Verwaltungsgruppen nicht zustimmen können. Der Antrag des Bürgermeisters wurde mit den Stimmen der SP-Stadträte angenommen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Allfälliges meldete sich ÖVP-Stadtrat Dr. Busek zu Wort und erklärte, er lege Wert auf die Feststellung, daß er keinerlei Erklärung über einen Wunsch nach einer gnadenhalber gewährten Redezeit abgegeben habe. Er füge sich den demokratischen Gepflogenheiten und werde sein Rederecht in Anspruch nehmen, sobald es ihm zustehe. (ab)

Wahl der Amtsführenden Stadträte

Anschließend nahm der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Gratz die unterbrochene Sitzung wieder auf. Gratz brachte dem Gemeinderat den Beschluß des Stadtsenates zur Kenntnis, die zehn Amtsführenden Stadträte mit Wirksamkeit vom 28. September zur Wahl vorzuschlagen. Die Wahl der zehn Amtsführenden Stadträte erfolgte

mit den Stimmen der SPÖ. Vor Beginn der Debatte über die Erklärung des Bürgermeisters übernahm GR. Schreiner (SPÖ) wieder den Vorsitz.

Debatte über Gratz-Erklärung

Als erster Debattenredner erklärte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ), der Einsturz der Reichsbrücke sei kein Zufall gewesen. Die Ursachen seien dieselben wie für eine ganze Kette von Skandalen im Bereich der Stadt Wien, nämlich eine Mischung von Schlamperei, Indolenz, Unfähigkeit und mangelnder Kontrolle. Beim Einsturz der Reichsbrücke sei zu dem materiellen Schaden noch ein Todesopfer und die Gefährdung tausender Menschen gekommen.

Hirnschall erklärte, er sei im Gegensatz zu Bürgermeister Gratz der Meinung, daß es sehr wohl Schuldige an der Katastrophe gebe. Der Kontrollamtsbericht stelle das Versagen mehrerer Dienststellen eindeutig fest. Es sei allerdings richtig, daß die Bediensteten der Brückenrevision keine Schuld treffe. Diese hätten ihre Aufträge so gut es eben ging ausgeführt. Auf höherer Ebene habe es aber unfassbare Versäumnisse gegeben.

1. Ein Vierteljahrhundert lang habe es keine Hauptüberprüfung der Reichsbrücke gegeben. Bei der Übernahme der Reichsbrücke vom Bautenministerium sei weder ein Protokoll angefertigt worden, noch sei eine Begehung durchgeführt worden.

2. Anders als vom Bautenministerium - dem Dr. Hirnschall in diesem Zusammenhang "Sorglosigkeit" vorwarf - gebe es vom Verkehrsministerium strenge Vorschriften für die Sicherheit öffentlicher Verkehrsmittel, die aus dem Jahr 1957 stammen. Diese Vorschriften besagen, daß Straßenbahnbrücken mindestens alle sechs Jahre genau zu überprüfen sind. Diese Verpflichtung hätten die Wiener Verkehrsbetriebe 16 Jahre lang mißachtet.

3. Als nach 16 Jahren die Verkehrsbetriebe im Jahr 1973 endlich an die Brückenbauabteilung wegen einer Hauptuntersuchung der Reichsbrücke herangetreten seien, habe dies einen lächerlichen Kompetenzstreit über die Kostentragung in der Höhe von 4,5 Millionen Schilling ausgelöst, der praktisch bis zum Einsturz der Brücke gedauert habe. Bereits im Vorjahr sei von der Brückenbauabteilung ein Bericht über den schlechten Zustand der Floridsdorfer Brücke und der Reichsbrücke vorgelegen, die Durchführung einer Hauptuntersuchung der Reichsbrücke wurde im Laufe des ersten Halbjahres 1976 als unbedingt erforderlich bezeichnet.

Die personelle Besetzung der "Erhaltungsgruppe" in der Brückenbauabteilung sei mit zwölf Ingenieuren und Werkmeistern - darunter kein Brückenbauingenieur mit Hochschulausbildung - völlig unzureichend. Eine Aufstockung dieser Gruppe und ihre Ausstattung mit modernen Geräten wäre wichtiger als die Aufstockung des Stadtsenates.
(ger)

Der Bericht des Kontrollamtes habe bewiesen, daß dem Einsturz der Reichsbrücke grobe Fahrlässigkeiten vorausgegangen seien, stellte als nächster Debattenredner GR. Hahn (ÖVP) fest. Drei Stadträte hätten sich jahrelang gestritten, wer die Kosten der längst notwendigen Überprüfung in Höhe von 4,5 Millionen S zu begleichen habe. Wenn das der Bürgermeister nicht gewußt hat, dann mache man, was man wolle. Wenn er es gewußt hat, sei dies umso schlimmer.

Zur Äußerung von Bürgermeister Gratz auf der Wiener Konferenz, die ÖVP befinde sich seit 60 Jahren in innerer Emigration, entgegnete GR. Hahn, daß seine Partei stets im Interesse der Wiener im Rathaus gearbeitet habe. Dazu führte er folgende Beispiele an:

Bereits 1952 habe die ÖVP den Bau der U-Bahn verlangt, der von der SPÖ bis 1967 immer abgelehnt worden sei. Bereits in den Fünfzigerjahren habe die ÖVP durch Vizebürgermeister Weinberger den Ausbau des Wiener Spitalswesens gefordert. Der vom ÖVP-Stadtrat Nathschläger verlangte Ausbau der Straßenbahn sei von der SPÖ strikt abgelehnt worden. Hinsichtlich der Stadtautobahnen habe sich die ÖVP immer dagegen ausgesprochen, um zu vermeiden, daß durch diese Straßen Bezirksteile durchschnitten werden.

Als die ÖVP am 28. Juni die Überprüfung sämtlicher Wiener Brücken verlangt habe, wurde dieser Antrag aus formalen Gründen abgelehnt.

Zur Frage der Finanzierung des Reichsbrücken-Neubaus meinte GR. Hahn, die SPÖ wolle dieses Problem bewußt nicht in der Öffentlichkeit behandeln. Der Wiener Schuldenberg betrage derzeit 16 Milliarden S und müsse abgetragen werden. Zu dieser Situation sei es gekommen, weil zu viele große Projekte gleichzeitig realisiert werden. Für das Konferenzzentrum der UNO-City habe Wien 1,7 Milliarden aufzubringen - dieser Betrag würde notwendiger für den Brückenbau gebraucht.

Bereits im Juni 1975 habe das IAKW die dringende verkehrsmäßige Anbindung der UNO-City verlangt. Durch den Einsturz der Reichsbrücke bestehe nun keine Chance, dieser Forderung bis 1978 nachzukommen.

Auf die angestrebte Verwaltungsreform eingehend, sprach sich GR. Hahn skeptisch gegen die Bestellung von Bereichs- und Gruppenleiter auf Zeit aus. Als negatives Beispiel führte er die Freistellung des Senatsrates Dr. Zöllner für den Bauring an. Wer solle feststellen, ob die beauftragten Personen ihren Aufgaben optimal nachkommen, fragte Hahn.

Den Magistratsentwurf für die neue Stadtverfassung bezeichnete der Debattenredner als einen SPÖ-Entwurf, der das Machtmonopol dieser Partei unter Beweis stelle. Der Standpunkt der ÖVP sei klar: die Stadtverfassung müsse modernisiert werden, um den Bürgern eine bessere Mitbestimmung zu sichern. Die ÖVP biete ihre konstruktive Mitarbeit an und fordere eine Stadtverfassung, zu der auch jenes Drittel der Wiener ja sagen könne, das nicht der SPÖ angehört. (we)

Die Ursachen des Einsturzes festzustellen, Belästigungen für die Bevölkerung möglichst gering zu halten, mit dem Bau der Notbrücke rasch zu beginnen und alle Vorarbeiten für den Bau der neuen Brücke in die Wege zu leiten, nannte Stadtrat Nekula (SPÖ) als wesentliche Zielsetzungen für die Maßnahmen nach dem Einsturz. Die bisher geleistete Arbeit führt das Schlagwort von der "versteinerten Verwaltung" ad absurdum. Es wurde rund um die Uhr gearbeitet, und bis heute wurden von allen Beteiligten 94.000 Überstunden geleistet, ohne daß bisher über eine entsprechende Abgeltung verhandelt wurde.

Die Zeitpläne konnten eingehalten werden. Für die Notbrücke ergeben sich zwei Schwierigkeiten: Die Bodenverhältnisse sind am neuen Standort viel schlechter als bei der alten Reichsbrücke. Die Fundierungen müssen daher tiefer gegraben werden. Außerdem muß die Brücke allen Sicherheitsbestimmungen, wie sie für ein Langzeitprovisorium notwendig sind, gerecht werden. Nekula kündigte an, daß die Donauschiffahrt in etwa sieben bis acht Monaten wieder den vollen Betrieb aufnehmen können wird. In der Zwischenzeit werden für besonders dringliche Fälle sechs bis acht Schiffe täglich durch den Donaukanal fahren können. Mit Schulbeginn wird sich die Verkehrssituation am linken Donauufer sicherlich verschärfen. Noch am Donnerstag dieser Woche wird die Öffentlichkeit über die für diese Situation geplanten Maßnahmen informiert werden.

Nekula erklärte, daß im Juni dieses Jahres der Wiener Gemeinde-

rat einstimmig ohne Wortmeldung die Kosten für eine genaue Untersuchung der Reichsbrücke genehmigt hat. Da es damals keine Wortmeldung gab, muß man annehmen, daß es auch keinen Einwand gegen diese Vorgangsweise gab.

Wie die neue Reichsbrücke finanziert wird, darüber muß neu verhandelt werden. Das Vertragswerk aus dem Jahre 1933, das für die alte Reichsbrücke galt und das eine Beteiligung der Verkehrsbetriebe von 31,5 Prozent und der Stadt Wien von 0,7 Prozent vorsah, ist für die Finanzierung der neuen Brücke nicht zwingend. (sei)

Eine falsche Art von politischem Verantwortungsbewußtsein warf GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) der Sozialistischen Partei vor. Die Arbeiterzeitung habe versucht, die Brücke als Pfusch aus dem Jahr 1937 hinzustellen und den Kontrollamtsbericht zur Feststellung benützt, daß es keine Schuldigen gäbe. Schlendrian, Schlamperei, Versäumnisse hätten die Katastrophe verursacht. Die Bürger dieser Stadt dürften jedoch erwarten, daß die Einrichtungen so gewartet und kontrolliert werden, daß nach menschlichem Ermessen Katastrophen auszuschließen seien. Das sei aber nicht geschehen. In Budapest oder Hamburg zum Beispiel würden Brücken genauer bzw. mit modernsten Methoden geprüft. In Wien habe lediglich ein Werkmeister mit Fernglas einmal monatlich die Reichsbrücke kontrolliert. Die Übergabe der Brücke vom Bund in die Gemeindeverantwortung sei nicht ordnungsgemäß erfolgt, drei Jahre hätten Verkehrsbetriebe, Finanzverwaltung und Brückenbauabteilung sich nicht über die Kosten einer Kontrolle einigen können. Schließlich sei ein Bericht über den schlechten Zustand der Brücke nicht einmal bis zum zuständigen Stadtrat gelangt.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Rolle der Oppositionsfaktionen: Es sei nicht deren Aufgabe, das Weihrauchfaß zu schwingen, sondern Fehler und Versäumnisse aufzudecken bzw. zu kritisieren und Alternativvorschläge zu machen. Dies sei keine Anti-Wien-Haltung, sondern eine Pflicht den Wählern gegenüber. Es sei nicht zu verstehen, daß die zweite Oppositionspartei ihre internen Zwistigkeiten vor der Öffentlichkeit ausgebreitet und von der Brückenkatastrophe abgelenkt habe. Sie habe damit der angeschlagenen SPÖ eine Verschnaufpause verschafft. Die FPÖ sei hingegen um positive Vorschläge bemüht gewesen und werde es weiterhin sein, um die Folgen der Einsturzkatastrophe zu mildern und weitere Fehler zu vermeiden. (smo)

Stadtrat Neusser (ÖVP) kritisierte, daß Bürgermeister Gratz in seiner Erklärung keine persönliche Stellungnahme abgegeben habe und seine Verantwortlichkeit mit keinem Wort erwähnt habe. Für den Bau der provisorischen Straßenbahnbrücke sei zunächst ein Termin von fünf Wochen genannt worden. Dieser Termin könne aller Voraussicht nach nicht eingehalten werden.

In Fachkreisen werde kritisiert, daß die Expertenkommission sehr rasch ein Urteil über die Einsturzursachen abgegeben habe. Dieses Urteil sei keineswegs unumstritten. So seien die unter Wasser liegenden Teile der Reichsbrücke nicht untersucht worden. Die bestehenden Zweifel sollten daher ausgeräumt werden, das Gutachten sollte von allen Interessierten diskutiert werden. Stadtrat Neusser brachte in diesem Zusammenhang den Antrag ein, möglichst rasch ein Hearing über das Gutachten der Expertenkommission und über die Einsturzursachen abzuhalten.

Bürgermeister Gratz unternehme nunmehr bereits den dritten Anlauf zu einer Verwaltungsreform. Er habe selbst zugegeben, sich bei der Geschäftseinteilung des Jahres 1973 geirrt zu haben. Auch habe sich Gratz gegen seine eigene Partei nicht durchsetzen können.

Die derzeitige Stadtverfassung spreche der Demokratie Hohn, weil ein Mitglied der Landesregierung im Gemeinderat nicht das Wort ergreifen darf.

Die angekündigte Verwirklichung der Idee der Projektsleiter sei ebenfalls bereits ein zweiter Anlauf von Bürgermeister Gratz. Beim erstenmal sei er an seiner eigenen Partei gescheitert. Nicht nur der Magistrat, sondern auch der Geist der SPÖ-Fraktion müsse reformiert werden. (ger)

GR. Pöder (SPÖ) nahm zu jenem Teil des Kontrollamtsberichtes Stellung, der die schwache personelle Besetzung der Erhaltungsgruppe zum Inhalt hat. Diese Gruppe besteht aus fünf Mittelschultechnikern und sieben Werkmeistern, doch stehe ihr sehr wohl ein Akademiker vor. Während somit 428 Wiener Brücken von insgesamt dreizehn Bediensteten betreut werden, sind für die 3.000 Brücken in der Steiermark nur 30 Werkmeister vorhanden. In Salzburg haben sich zwölf Brückenwerkmeister um 1.100 Brückenbauwerke zu kümmern, für die 1.700 Brücken von Kärnten gibt es 20 Landesbedienstete, während die Verantwortung für 4.600 oberösterreichische Brücken auf den Schultern von zehn Werkmeistern und 43 Straßenarbeitern liegt.

Anschließend wandte sich der Debattenredner gegen die heftigen polemischen Kritiken nach dem Brückeneinsturz. Die ÖVP habe die Chance vergeben, zu beweisen, daß sie sich nach diesem Ereignis vorbehaltlos in den Dienst der Wiener Bevölkerung stelle. Ein Teil der Presse habe eine Verleumdungskampagne eingeleitet, die gegen Politiker und gegen Rathausbedienstete gerichtet war. Die Sozialisten hätten sich stets für die Freiheit der Presse eingesetzt, aber die geschilderte Vorgangsweise habe sich gegen die Prinzipien des Rechtsstaates gerichtet, da neben der Kritik auch gleich Urteilsspruch und Strafe ausgesprochen wurden. In einem Rechtsstaat könne aber nur dann jemand schuldig gesprochen werden, wenn seine Schuld einwandfrei erwiesen sei.

Abschließend begrüßte GR. Pöder die von Bürgermeister Gratz in die Wege geleitete Verwaltungsreform, der sowohl die Gewerkschaft wie auch sämtliche Rathaus-Mitarbeiter vorbehaltlos zustimmten. (we)

Seit 1973, als der Kontrollamtsbericht für das Jahr 1972 vorlag, ist der schlechte Erhaltungszustand der Wiener Brücken bekannt, erklärte Stadtrat Dr. Goller (ÖVP). ÖVP-Gemeinderat Hoffmann hat fünfmal in Debattenbeiträgen darauf hingewiesen. In Wien muß immer etwas Tragisches geschehen, damit die SPÖ sich aufrafft, etwas zu tun.

Krasse Mängel und falsche Prioritätensetzung führten zu dem Unglück. 1971 wurde die Brücke vom Bund ohne einer Übergabeverhandlung übernommen. Die Reichsbrücke wurde 15 Jahre lang keiner größeren Überprüfung unterzogen, obwohl das Bundesstraßengesetz und die Straßenbahnverordnung dies vorschreiben.

Für die Überwachung und Überprüfung der 428 Wiener Brücken sind nur vier Werkmeister eingesetzt. Das zeigt, wie falsch die Sozialisten die Priorität in der Personalpolitik setzen. Die ÖVP bekennt sich zu jeglicher Mitarbeit, sagt aber zu diesem Desaster nein. (sei)

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte die nicht ordnungsgemäße Übernahme der Brücke durch die Gemeinde Wien und die Uneinigkeit über die Zuständigkeit zwischen Verkehrsbetrieben, MA 29 und Finanzverwaltung. Infolge dieses Streites seien 4,5 Millionen Schilling, die im Investitionsplan der Verkehrsbetriebe dafür vorgesehen waren, gesperrt worden. Der Streit dauerte bis zum Brückeneinsturz. Die zuletzt durch Ziviltechniker beschlossene Überprüfung kam dann zu

spät. Unvorhersehbare Kosten in Milliardenhöhe werden zu erwarten sein. Schon jetzt gäbe es Brückengeschädigte, Firmen mit Umsatzrückgängen von 25 bis 50 Prozent. Die FPÖ habe daher einen Antrag zur Unterstützung solcher Geschädigter eingebracht. GR. Krenn brachte einen weiteren FPÖ-Antrag ein, betreffend die Benützung der Sonderspur für Autobusse auf der Floridsdorfer Brücke auch für Taxis. Zum Hängenbleiben des Berichts über den Zustand der Reichsbrücke in der Baudirektion brachte der Redner die Hoffnung zum Ausdruck, daß gegen die Schuldigen disziplinarische Maßnahmen getroffen werden. (smo)

GR. Daller (ÖVP) bezeichnete es als unverständlich, daß die Hermann Bahr-Straße für zweieinhalb Monate gesperrt worden ist. Die rasche Aufbringung eines provisorischen Belags hätte genügt. Der Vorschlag des Stadtschulrates, Schüler aus dem 22. Bezirk, die am rechten Ufer der Donau zur Schule gehen, mögen die Schnellbahn benützen, sei für Schüler aus Kagran und Kaisermühlen wegen der großen Entfernung der Schnellbahnstation Erzherzog Karl-Straße indiskutabel.

Falls die neue Reichsbrücke auch die U-Bahn aufnehmen soll, müsse gewährleistet sein, daß die U-Bahn gleichzeitig mit der Eröffnung der Brücke den Betrieb aufnimmt. Der Bau der Verlängerung der U 1 müßte daher beschleunigt werden.

Taxis sollen die Sonderspur auf der Floridsdorfer Brücke mitbenützen dürfen.

Eine Reihe von Verkehrsmaßnahmen am linken Donauufer seien notwendig:

Eine neue Autobuslinie soll die Schnellbahnstationen Stadlau und Strandbäder miteinander verbinden. Bei der Schnellbahnstation Strandbäder soll bis zur Inbetriebnahme der provisorischen Straßenbrücke ein Parkplatz geschaffen werden, um ein "Park and ride" zu ermöglichen. Die Autobuslinie 27 A soll zu den Spitzenzeiten bis Groß-Enzersdorf verlängert werden. Der Schnellbahnbetrieb auf der Ostbahnstrecke soll bis Hirschstetten verlängert werden.

Da eine Donauüberquerung für den Individualverkehr auf Jahre hinaus noch schwieriger geworden sei als früher, sollen am linken Ufer der Donau zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Einige Betriebe seien durch den Einsturz der Reichsbrücke in Schwierigkeiten geraten. Im Interesse der Wirtschaft, der Erhaltung der Arbeitsplätze und der Sicherung der Nahversorgung sei es

notwendig, für solche Betriebe ähnliche Hilfsmaßnahmen durchzuführen wie für die durch den U-Bahn-Bau geschädigten Unternehmungen. (ger)

GR. Hoffmann (ÖVP) ging auf das Brückenbaugeschehen in Wien an Hand von Zitaten aus den Protokollen der letzten Zeit ein. Als die SPÖ im Parlament noch in der Opposition war, habe sie die Forderung nach mehr Brücken vehement an den Bund herangetragen. Die ÖVP-Alleinregierung trug dem auch Rechnung durch den Bau der vierten Donaubrücke. Im Wahlkampf 1971 versprach die SPÖ als Wahlschlager den Bau einer neuen Brücke, die Erfüllung dieses Versprechens sei jedoch bis heute offen.

Im Dezember 1972 mußte der Debattenredner den Rückgang der Geldmittel für den kommunalen Brückenbau von 122 auf 99 Millionen Schilling kritisieren, im Dezember 1973 zeigte er einen weiteren Rückgang beim Kapitel Brückenbau auf 66 Millionen Schilling auf. 1974 standen dann nur mehr 61 Millionen Schilling zur Verfügung.

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Philadelphiabrücke in die Obhut der Gemeinde Wien hatte er kritisiert, daß vierzehn Monate lang gezögert worden war, den baulichen Zustand dieses Verkehrsbauwerks festzustellen.

Als am 29. Juni 1976 die GRe. Hahn und Dr. Wöber einen Antrag auf Untersuchung sämtlicher Brücken durch das Kontrollamt einbrachten, wurde dieser Antrag von der Mehrheit aus formellen Gründen abgelehnt. GR. Hoffmann habe damals auf die Nichterfüllung des ohnehin gering dotierten Budgets im Ausmaß von fast fünfzig Prozent, nämlich 19,7 Millionen von vorgesehenen 37,4 Millionen, hingewiesen. Durch die Ablehnung des ÖVP-Antrags sei das Gesetz des Handelns vom Gemeinderat auf den Amtsführenden Stadtrat und den Bürgermeister übergegangen, die das Instrumentarium des § 98 beziehungsweise § 92 der Stadtverfassung zur Verfügung hatten.

Der Redner warf dem damaligen Stadtrat Ing. Hofmann vor, er habe nicht gehandelt. Der Bürgermeister, bei der Fernsehdiskussion am 1. August 1976 mit dem Tatbestand der Überprüfungsablehnung konfrontiert, habe angegeben, er hätte persönlich Aufträge erteilt. Der Akt, der die Überprüfung von zunächst fünfzehn Brücken vorsah, habe am 11. August den Ausschuß V erreicht, die Reichsbrücke sei aber nicht enthalten gewesen. Dies lasse den logischen Schluß zu, daß der Akt erst nach der Katastrophe in Lauf gesetzt wurde, daß der Herr Bürgermeister also nachher und zu spät Aufträge erteilt habe.

GR. Hoffmann verwies abschließend auf den Willen der Opposition, im Hinblick auf die Finanzierung des Brückenbaus die Verantwortung mitzutragen. (we)

Die ÖVP hatte offenbar Angst, daß ihr Kandidat Dr. Busek nicht 29 Stimmen erhalte, erklärte GR. Suttner (SPÖ). Denn sonst hätte sie bei der Abstimmung den Antrag auf geheime Wahl gestellt. In der letzten Zeit wurde öfter der gute Ton verletzt. So bezeichnete der Ex-Spitzenkandidat der ÖVP Hahn den neuen Stadtrat Böck als Traumbesetzung für Wechselwähler.

Suttner bekannte sich zur Pressefreiheit. Allerdings ist es nicht undemokratisch, wenn ein Staatsbürger, gleich welche Position er inne hat, einzelne Journalisten kritisiert. Eine Schreibweise, die die gute Arbeit aller Dienststellen nach dem Einsturz als "Filzokratie" qualifiziert, ist sicherlich zu kritisieren.

Suttner warf der ÖVP Verantwortungslosigkeit vor. Man könne nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß durch den ÖVP-Antrag im Juni dieses Jahres, das Kontrollamt möge die Wiener Brücken auf ihren technischen Zustand hin überprüfen, der Einsturz der Reichsbrücke verhindert hätte werden können. Wäre diesem Antrag trotz aller formellen Mängel stattgegeben worden, hätte das nichts am Einsturz geändert.

Die derzeitigen Reformmaßnahmen innerhalb des Magistrats stehen im Einklang mit dem Arbeitsprogramm der Wiener Sozialisten, das einen Prozeß der ständigen Veränderung fordert. (sei)

Die Ausführungen Suttners, betreffend die Wahl Buseks zum Stadtrat, veranlaßten GR. Hahn (ÖVP) zu einer zweiten Wortmeldung: Er bezeichnete Suttners Darstellung als bewußte Verdrehung der Tatsachen. Die ÖVP sei überzeugt gewesen, mit 29 Stimmen Buseks Wahl erzielen zu können, auch dann, wenn die ÖVP der Wahl der drei SPÖ-Stadträte nicht zugestimmt hätte. Darüber hätte es verschiedene Auffassungen von Verfassungskundigen gegeben. Nach der jetzigen Behauptung Suttners werde es Hahn als VP-Klubobmann schwer fallen, mit dem SP-Klubobmann Suttner zu reden.

Die Bezeichnung des eben erst gewählten Stadtrates Busek als Betrüger sei eine Beleidigung, die sich ein Mandatar nicht gefallen lassen müsse.

GR. Suttner (SPÖ) erklärte dazu, er habe diesen Vergleich symbolisch gemeint. Er nehme ihn gerne zurück, sollte sich der Betroffene dadurch beleidigt fühlen. (smo)

Gratz: Schlußbemerkungen

Bürgermeister Gratz erklärte, daß es ihm niemals in den Sinn gekommen sei, mit seiner Äußerung auf der Wiener Konferenz der SPÖ, daß er es - auf dieser Konferenz - leid sei, das Wort ÖVP in den Mund zu nehmen, die Tätigkeit in einer politischen Partei abzuwerten.

Wenn in der Verfassung stehe, daß eine Fraktion das Recht auf eine anteilmäßige Vertretung habe, so sei er der Meinung, daß damit auch ein Vorschlagsrecht verbunden sei. Dieses Prinzip müsse aber für alle gelten. Es dürfe dann auch keine Fraktion - weil sie ohnehin nicht die Möglichkeit habe, eine Wahl zu verhindern - eine Abstimmung zu einer Demonstration mißbrauchen.

Wenn aus der Tatsache des einmütigen Vertrauens der SPÖ zu seiner Person eine Schwächung seiner Position herausgelesen werde, so müsse es auch gestattet sein, aus den Vorgängen innerhalb der ÖVP in den letzten Wochen nicht gerade eine Stärkung abzuleiten. (ger)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

dr. busek ''redet'' schriftlich

13 wien, 30.8. (rk) dr. busek stellte sich montag in einer pressekonferenz in seiner neuen funktion als stadtrat vor. er befasste sich dabei mit dem von der oevp im gemeinderat eingebrachten, von der mehrheit jedoch abgelehnten antrag, der buergermeister moege selbst eine geschaeftsgruppe uebernehmen. seine stellungnahme dazu ueberreichte er den journalisten in vervielfaeltigter form.

busek sagte bei dieser gelegenheit, dass er kein gewaehlter gemeinderat ist und daher keine moeglichkeit hat, in den gemeinderatssitzungen das wort zu ergreifen. in seiner funktion als stadtrat ohne geschaeftsgruppe kann er sich nur im stadtsenat zu wort melden. um nun seine stellungnahmen zu verschiedenen problemen dennoch der oeffentlichkeit mitteilen zu koennen, habe er vor, bei jeder gemeinderatssitzung die rede, die er im gemeinderatssitzungssaal nicht halten darf, in vervielfaeltigter form an die journalisten zu verteilen. (ab)

1508